Über 700.000 Tonnen **Sondermüll aus hochtoxischen Filterstäuben aus Hausmüllverbrennungs- und Industrieanlagen** lagern nach Angaben von Harald Friedrich seit den 90er Jahren in den stillgelegten Schächten von vier Ruhrgebiets-Zechen. Das ist mehr als die hundertfache Menge des in Deutschland gelagerten „Atommülls“, der seit Jahrzehnten die Medien beschäftigt und gegen den zigtausende Menschen bei Antiatom-Demonstrationen protestierten.

Harald Friedrich ist ein Biochemiker und Abfallexperte. Er war zwischen 1996 und 2006 im NRW-Umweltministerium als Abteilungsleiter für Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Wasserwirtschaft tätig und hat die Gefahrenpotenziale dieser Altlasten im Ruhrgebiet untersucht. Der Titel seines bisher noch nicht veröffentlichten Gutachtens lautet: „Die Risiken und langfristigen Umweltauswirkungen des untertägigen Versatzes von gefährlichen hochtoxischen Sonderabfällen in den Bergwerken der Steinkohle NRW“ erstellt. Auftraggeber Friedrichs ist der vom Bergbau geschädigte Landwirt Schulze-Bergcamen im westfälischen Bergkamen. Die Welt hat ein Interview (28.07.2013) mit Friedrich geführt.

Während es sich bei den **Nuklearabfällen** überwiegend um hochwertige Rohstoffe handelt, die beispielsweise in Finnland so eingelagert werden, dass sie wieder zurück geholt und später weiter verarbeitet werden können, gilt dies bei den hochgiftigen Filterstäuben aus **Hausmüllverbrennungs- und Industrieanlagen** nicht.

Filterstäube aus Hausmüllverbrennungs- und Industrieanlagen

Die Filterstäube aus Hausmüllverbrennungs- und Industrieanlagen sind „das Giftigste vom Giftigen, was als Sonderabfall in einem mitteleuropäischen Land anfällt“, sagt der Gutachter Friedrich. Im Sondermüll sind Stoffe wie zum Beispiel die giftigen Schwermetalle Cadmium und Blei enthalten, außerdem die Krebs erzeugenden polyaromatischen Kohlenwasserstoffe und die bei der Verbrennung entstehenden Giftstoffe wie Dioxine und Furane.

Der Giftmüll sei bereits in den 90er-Jahren in die Zechenschächte verbracht worden. Es handelt sich um Schachtanlagen in den Regionen Gelsenkirchen, Bergkamen und am Niederrhein. Die RAG Aktiengesellschaft (ehemals Ruhrkohle AG) und die Bergaufsicht versichern, berichtet Die Welt, der Giftmüll sei durch Dämme abgeschlossen und könne somit gar nicht an die Oberfläche austreten. Dies halten Fachleute für mehr als fraglich.



Storchmann Medien

Giftige Aussichten für das Ruhrgebiet

Foto: Maik Meid

Die RAG hat auch nach 2018 ein Grundwassermanagement (Poldermaßnahmen) vorgesehen, denn „ohne dauerhaftes Pumpen von Grundwasser insbesondere durch die Wasserverbände würde es zu einer Ansammlung von Wasser in den durch den Bergbau entstandenen Senken kommen (Ruhrgebiet als „Seenplatte“).“

Wenn jedoch 2018 die Pumpen abgestellt werden sollten, um jährlich 200 Millionen Euro an „Ewigkeitskosten“ einzusparen, würde innerhalb von 56 Jahren das Ruhrgebiet, das sich im Verlauf der letzten hundert Jahre um bis zu zwanzig Meter abgesenkt hat, mit einer Wassermenge gefüllt, die dem Volumen des Bodensees entspricht. Alle ausgebeuteten Steinkohlebergwerke zwischen Kamp-Lintfort am Niederrhein und Dortmund/Hamm würden absaufen, sagt Friedrich. „Diese Bergwerke stehen untereinander in physikalischer Verbindung, das heißt, eine große geologisch und wasserwirtschaftlich zusammenhängende Landmasse wird unter Tage wie eine riesige Anordnung von kommunizierenden Röhren miteinander in Verbindung stehen und über unterirdische Strömungen den wässrigen Inhalt der ausgebeuteten Bergwerke untereinander austauschen.“

Die RAG weist auf die Gefahr eines unkontrollierten Anstiegs des Grubenwassers

hin. Er könnte u.a. dazu führen, dass Methangas beschleunigt an die Tagesoberfläche gedrückt wird, die Gefahr von Tagesbrüchen steigt (plötzliches Einbrechen der Erdoberfläche in Hohlräume), oder salziges oder eisenhaltiges Wasser oder auch Stoffe, die beim Durchfließen des Wassers durch alte Abbaubereiche ausgeschwemmt werden, das Trinkwasser verunreinigen. Aber die RAG erwähnt nicht die möglichen Folgen durch den Sondermüll.

Friedrich wirft der RAG mangelnde Offenheit mit dem Problem vor.

> „Es ist vor Ort unter Tage an keinen Punkt der Beweis angetreten worden, dass das angerührte Sonderabfallgemisch vor Ort wirklich ausgehärtet ist. Die Möglichkeit, dass der Sonderabfall nach wie vor als viskoser Brei vor Ort vorliegt, der seinerseits wasserlöslich ist, kann vom Bergbautreibenden RAG durch objektive unabhängige Beweisführung nicht ausgeschlossen werden.“

Eine Überprüfung ist kaum möglich. Unterlagen existieren nur für eines der vier Bergwerke, die Unterlagen über die Sonderabfallverklappung in den drei anderen Bergwerken seien zwischenzeitlich vernichtet worden, teilte das zuständige Landesoberbergamt dem Gutachter mit.

Bergrecht

Der Giftmüll ist in den 90er-Jahren offenbar ganz legal und mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörden in die Zechenschächte verbracht worden.

Ein Fracking-Gutachten für das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt hatte 2009 empfohlen, das Bergrecht so zu ändern, dass die wasserrechtlichen Prüfungen unter Federführung einer dem Umweltministerium unterstehenden Umweltbehörde erfolgen solle, um den Schutz der Gewässer zu gewährleisten. Ohne Änderung des Bergrechts sei dies nicht möglich. Nach wie vor gilt, dass eine Genehmigung nach Bergrecht formaljuristisch eine rechtskräftige Genehmigung ist.

Das Bergrecht an sich ist kein den Umweltgesetzen vergleichbares Recht, sagt Friedrich. „Im Endergebnis kennt es nur die hundertprozentige Durchsetzung der Interessen des Bergbautreibenden und keine ernst zu nehmende Abwägung mit den

öffentlichen Interessen und den Belangen des Umweltschutzes.“ Friedrich zählte zu den engsten politischen Vertrauten der damaligen Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne). Der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) „wollte ursprünglich gar nicht glauben, dass es in NRW solche Entsorgungspraktiken gegeben hat“, sagt Friedrich. Erst Ende der 90er-Jahre wurde das Verbringen von Sondermüll in Bergwerke bundesgesetzlich untersagt.

Kosten und Gewinn

Es wäre nach der Aussage von Friedrich unter großem Aufwand technisch möglich, diese Altlast zu sanieren, das heißt den runtergebrachten Sondermüll zu bergen. Diese Rückführungskosten würden jedoch „die Einnahmen aus der Sonderabfallverbringung um Größenordnungen übersteigen.“ Eine Tonne dioxinhaltiger Filterstaub sei zu damaliger Zeit zu Preisen zwischen 500 und 800 Mark in den dafür nach Abfallrecht zugelassenen Sonderabfalldeponien entsorgt worden. Der Gewinn für die RAG betrug somit zwischen 179 Millionen und 286 Millionen Euro.

Wie aber soll es möglich sein, den Sondermüll zu bergen, wenn keine Aufzeichnungen existieren?

Fazit

Sollten also die Pumpen 2018 abgeschaltet werden, weil niemand die immensen Kosten bezahlen will oder kann, werden im Ruhrgebiet möglicherweise wieder dichte Urwälder entstehen, mit Nebeln und Sümpfen und Leuchtturmprojekten, aber ein touristisches Konzept ließe sich wegen der gigantischen Giftbrühe wohl nicht entwickeln.

Der entscheidende Vorwurf gegenüber den Grünen ist, dass sie ihren Wahlkampf und ihr Parteiprofil nach einer Stimmungslage ausrichten, die sie selbst mit initiiert haben. Den 6.000 Tonnen nuklearer Abfälle, denen sie einen großen Teil ihres Wirkens widmen, stehen 700.000 Tonnen Sondermüll kaum beachtet gegenüber.

Quellen:

- Deutschen Physikalische Gesellschaft, „Was ist Atommüll?“, Physik konkret, Ausgabe 6, Dezember 2009, pdf zum Downloaden
- RAG: Was sind Ewigkeitsaufgaben?

- WDR: Pumpen bis in Ewigkeit. Die Folgen des Steinkohleabbaus über Tage, 03.06.2008
- Tickende Zeitbomben in stillgelegten Zechen, Die Welt, 28.07.2013 (Interview mit Harald Friedrich)

Presse/Medien:

- Reinhard Matern: Wann kommen die Urwälder im Ruhrgebiet?, in: derFreitag, 17.03.2013
- Gift aus alten Zechen als „gigantische Zeitbombe“? WAZ, 24.07.2013

Titelbild: markus_d71, pixabay

Werbung

